

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Einleitung	1

1. Kapitel

Die Haftung des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber und gegenüber Dritten

A. <i>Die Grundsätze der Arbeitnehmerhaftung aus Sicht der herrschenden Meinung</i>	4
I. Begriff und Herleitung der Grundsätze der Arbeitnehmerhaftung/des innerbetrieblichen Schadensausgleichs ...	4
II. Die Haftungsverteilung nach den Grundsätzen über den innerbetrieblichen Schadensausgleich	6
1. Haftungsquote	6
2. Beweislastverteilung, Vollstreckungsschutz	9
3. Haftung bei Eigenschäden des Arbeitnehmers	10
4. Haftung bei Schädigung Dritter	10
5. Einfluß der Versicherbarkeit des Schadens	12
6. Abdingbarkeit der Regeln über den innerbetrieblichen Schadensausgleich	14
B. <i>Die Grundsätze des innerbetrieblichen Schadensausgleichs als Problem der Rechtsfortbildung</i>	17
I. Einleitung und Abgrenzung zum Gewohnheitsrecht	17
II. Feststellung einer »Lücke« als Voraussetzung der Rechtsfortbildung	18
1. Allgemeines	18

2. Haftung des Arbeitnehmers nach BGB-Vertragsrecht	20
a) Einführung	20
b) Annahme eines eigenständigen arbeitsrechtlichen Fahrlässigkeitsbegriffs	21
c) Versubjektivierung der Fahrlässigkeit i.S. § 276 Abs. 1 S. 2 BGB ..	22
d) Stellungnahme	24
aa) Zum objektiven und subjektiven Fahrlässigkeitsbegriff	24
(1) Unterschiede zwischen beiden Begriffen	24
(2) Fahrlässigkeit im Vertrags- und Deliktsrecht	25
(3) Zusammenhänge zwischen Vertrauens Erwartung und Haftungsmaßstab	26
(4) Ergebnis	28
bb) Bestimmung der zumutbaren Sorgfalt in Anlehnung an die §§ 670, 690, 708, 277 BGB	29
(1) Bisherige Diskussion um eine Heranziehung der §§ 670, 690, 708, 277 BGB zur Erklärung der Arbeitnehmerhaftung	29
(2) Bestimmung des Inhalts der diligentia quam in suis	31
(3) Parallelen zwischen §§ 690, 708 BGB und den Sorgfaltsanforderungen an den Arbeitnehmer	36
(4) Einbeziehung des Rechtsgedankens des § 670 BGB	38
(5) Zusammenfassung und Zwischenergebnis	41
3. Stillschweigende vertragliche Haftungsvereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	42
4. Haftung des Arbeitnehmers nach BGB-Deliktsrecht	44
5. Das Verhältnis von vertraglicher zu deliktischer Haftung	46
6. Problem der Lückenfüllung mit Hilfe des Betriebsrisikos	49
III. Begründung der Grundsätze der Arbeitnehmerhaftung als Fall einer Rechtsfortbildung extra legem	51
1. Vorliegen eines rechtsethischen Prinzips als Voraussetzung der Rechtsfortbildung	51
2. Vertrauen, Treu und Glauben und Betriebsrisiko als rechtsethische Grundsätze zur Begründung der Regelungen über den innerbetrieblichen Schadensausgleich	53
a) Vertrauen und Arbeitnehmerhaftung	53
aa) Problemstellung	53
bb) Stellungnahme	54
b) Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	57
aa) Problemaufriß	57
bb) Kritik der h.M. an der Begründung der Grundsätze der Arbeitnehmerhaftung mit Hilfe der Fürsorgepflicht	57
cc) Kritik an der h.M. und vorläufige Stellungnahme	59

c) Haftung des Arbeitgebers für das Betriebsrisiko	61
aa) Problembeschreibung	61
bb) Unbeachtlichkeit des arbeitgeberseitigen Verursachungsbeitrags	62
cc) Betriebsrisiko und § 254 BGB	67
dd) Eigener Lösungsansatz	69
(1) Einführung	69
(2) Bestimmung des Organisationsrisikos	70
(3) Bestimmung des Tätigkeitsrisikos	72
(4) Verhältnis von Organisations-, Tätigkeitsrisiko und Mitverschulden	78
(5) Verhältnis von Betriebsrisiko zur eigenüblichen Sorgfalt des Arbeitnehmers	79
(6) Organisations- und Tätigkeitsrisiko außerhalb von Arbeitsverhältnissen	80
(7) Zwischenergebnis	80
d) Beziehung des Verschuldens auf Eintritt und Umfang des Schadens	80
3. Arbeitnehmerhaftung und Verfassungsrecht	82
a) Rückgriff des BAG auf das Verfassungsrecht zur Begründung der beschränkten Haftung der Arbeitnehmer	82
b) Prinzipielle Wirkung der Grundrechte auf das Privatrecht	84
aa) Allgemeines zur Wirkung der Grundrechte auf das Privatrecht	84
bb) Die Funktion der Grundrechte als Abwehrrechte	85
(1) Prinzipielle Verschiedenheit von Abwehrfunktion und Drittwirkung	85
(2) Keine Gleichsetzung von staatlichem und privatem Eingriff	86
(3) Unmittelbare Geltung der Grundrechte gegenüber dem Staat auch bei Privatrechtsverhältnissen	87
cc) Lehre von der Schutzgebotsfunktion der Grundrechte	88
(1) Anerkennung und Ursprung der Schutzgebotsfunktion ..	89
(2) Kriterien für die Annahme eines Schutzgebots	90
(3) Schutzgebot und mittelbare Drittwirkung der Grundrechte	91
c) Schutzgebotsfunktion und Vertragsgestaltung	94
aa) Schutzgebotsfunktion und Sozialstaatsprinzip im Vertragsrecht	94
(1) Problem der Reichweite der Schutzpflichtenlehre	95
(2) Stellungnahme	96
(a) Verhältnis von Schutzgebot und Sozialstaatsprinzip	96
(b) Schutzgebotsfunktion der Grundrechte auch gegenüber Selbstgefährdungen	98

bb) Mandat des Richters zur vertraglichen Inhaltskontrolle bzw. zur Rechtsfortbildung	99
cc) Entscheidungsspielraum der Gerichte und grundrechtlicher Individualanspruch	100
(1) Entscheidungsspielraum der Gerichte	100
(2) Grundrechtlicher Individualanspruch	102
d) Herausarbeitung der Kriterien für eine grundrechtlich motivierte vertragliche Inhaltskontrolle	102
aa) Bewertung der BVerfG-Entscheidungen zur vertraglichen Inhaltskontrolle	102
(1) Die Handelsvertreterentscheidung des BVerfG	102
(2) Die Bürgschaftsentscheidungen des BVerfG	103
bb) Bewertung der vom BVerfG angeführten Kriterien für einen staatlichen Eingriff in privatrechtliche Verträge	107
(1) Strukturelle Unterlegenheit eines Vertragsteils	107
(a) Kritik am Merkmal des »strukturellen Ungleichgewichts«	107
(b) Stellungnahme	110
(2) Unangemessenheit der Vertragsgestaltung	115
cc) Schlußfolgerungen für eine vertragliche Inhaltskontrolle	115
(1) Vertragskontrolle aufgrund einer eklatanten Beeinträchtigung der Willensfreiheit	115
(2) Vertragliche Inhaltskontrolle aufgrund eines ein Schutzgebot auslösenden Vertragsinhalts	116
(3) Vertragliche Inhaltskontrolle aufgrund fehlender Vertragsparität und unangemessener Vertragsregelung ...	116
(4) Ergebnis	121
e) Die von der Arbeitnehmerhaftung betroffenen grundrechtlichen Schutzpflichten	121
aa) Rechtsfortbildung und vertragliche Inhaltskontrolle	122
bb) Die betroffenen Grundrechtspositionen bei der Arbeitnehmerhaftung	125
cc) Schlußfolgerungen für einen verfassungsrechtlichen Auftrag zur Regelung der Arbeitnehmerhaftung	129
(1) Abwägung im Rahmen des Art. 12 Abs. 1 GG in Bezug auf die Grundsätze der Arbeitnehmerhaftung	129
(2) Kein konkretes Schutzgebot für eine weiterreichende Beschränkung der Arbeitnehmerhaftung	131
4. Zusammenfassung der bisher erzielten Ergebnisse	133
5. Das Problem der unzumutbar hohen Schadensbelastung und der Versicherbarkeit des Schadens	134
a) Die Obliegenheit des Arbeitgebers zum Abschluß einer Versicherung	135

b) Einheitliche Lösung des Problems unzumutbar hoher Schadensbelastung mit Hilfe einer Schadensvorsorgepflicht des Arbeitgebers	138
aa) Schadensvorsorgepflicht des Arbeitgebers	138
bb) Dogmatische Herleitung der Schadensvorsorgepflicht des Arbeitgebers	141
(1) Wesen der Schadensvorsorgepflicht	141
(2) Fürsorgepflicht oder Schuldverhältnis?	141
(3) Inhalt der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	144
(4) Ausdehnung der Fürsorgepflicht auf eine Schadensvorsorgepflicht des Arbeitgebers	146
cc) Ausgestaltung einer Schadensvorsorgepflicht des Arbeitgebers	147
6. Abdingbarkeit der Haftungsbeschränkung	148
a) Einführung	148
b) Stellungnahme	149
aa) Zwingende Haftungsfreistellung des Arbeitnehmers bei leichtester Fahrlässigkeit	149
bb) Spielräume bei der Verteilung des Betriebsrisikos	149
(1) Generelle Abdingbarkeit der Regelungen über das Betriebsrisiko	149
(2) Grenzen einer privatautonomen Verteilung des Betriebsrisikos	149
(a) Verteilung des Organisationsrisikos	149
(b) Verteilung des Tätigkeitsrisikos	150
cc) Unabdingbarkeit der Schadensvorsorgepflicht des Arbeitgebers	152
c) Ergebnis	153
IV. Schlußbetrachtung zur Innenhaftung des Arbeitnehmers	154
 C. <i>Die Außenhaftung des Arbeitnehmers gegenüber Dritten (ohne Verkehrspflichten)</i>	156
I. Einleitung	156
II. Unmittelbare Beschränkung der Außenhaftung des Arbeitnehmers ..	157
III. Beschränkung der Außenhaftung des Arbeitnehmers gegenüber Vertragspartnern des Arbeitgebers	161
1. Einführung	161
2. Vertragliche und gesetzliche Haftungsbeschränkung zwischen Arbeitgeber und Drittem	162
a) Gesetzliche Haftungsbeschränkungen	162
b) Ausdrückliche vertragliche Haftungsbeschränkungen	163

aa) Erstreckung der Haftungsbeschränkung für den Arbeitgeber auf den Arbeitnehmer	163
bb) Möglichkeiten eines vertraglichen Haftungsausschlusses	165
cc) Erstreckung des vertraglichen Haftungsausschlusses auf Arbeitnehmer eines anderen Unternehmers	167
dd) Ergebnis	168
3. Haftungsbeschränkung durch ergänzende Auslegung des Vertrags zwischen Arbeitgeber und Drittem	168
a) Ansicht des BGH	168
b) Stellungnahme	169
4. Anlehnung der Außenhaftung des Arbeitnehmers an die Begründung zur Beschränkung der Arbeitnehmerhaftung im Innenverhältnis	172
a) Einführung in den Meinungsstand	172
b) Zur Beschränkung der Arbeitnehmernaußenhaftung gegenüber dem Betriebsmittelgeber bei leichtester Fahrlässigkeit	173
c) Keine Zurechnung des Betriebsrisikos an den Betriebsmittelgeber	175
d) Keine Beschränkung der Arbeitnehmernaußenhaftung gegenüber dem Betriebsmittelgeber nach Trau und Glauben, § 242 BGB	176
5. Haftungsbeschränkung des Arbeitnehmers mit Hilfe des § 991 Abs. 2 BGB	178
a) Ansicht von Baumann und die daran geübte Kritik des BGH	178
b) Stellungnahme	179
6. Haftungsbeschränkung mittels eines durch Rechtsfortbildung gewonnenen Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	182
a) Überblick	182
b) Ansicht von Rieble	183
aa) Problembeschreibung	183
bb) Unvereinbarkeit der Ansicht Riebles mit Sinn und Zweck des Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	184
cc) Unvereinbarkeit der Ansicht Riebles mit den tatbestandlichen Voraussetzungen des Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	185
dd) Ergebnis	187
c) Ansicht von Annuß	187
aa) Kurze Zusammenfassung der Ansicht von Annuß	187
bb) Kritik an der Ansicht von Annuß	188
7. Beschränkung der Außenhaftung durch eine Versicherung bzw. Versicherungsmöglichkeit des geschädigten Dritten zugunsten des Arbeitnehmers	190
a) Kein Bestehen einer Obliegenheit	190
b) Kein Rechtsmißbrauch bei vorrangiger Inanspruchnahme des Schädigers	191

IV. Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse zur Außenhaftung des Arbeitnehmers	192
<i>D. Die Haftung des Arbeitnehmers für die Verletzung von Verkehrspflichten</i>	<i>194</i>
I. Begriff der Verkehrspflichten und Problemstellung	194
1. Besonderheiten der Haftung wegen der Verletzung von Verkehrspflichten	194
2. Probleme bei der Erfassung von Verkehrspflichtverletzungen	196
a) Uneinheitlichkeit der Rechtsprechung	196
aa) Haftung für die Verletzung von Verkehrssicherungspflichten	196
bb) Haftung für die Verletzung von Verkehrspflichten im Einzelinteresse	197
cc) Haftung von Arbeitnehmern für Produktfehler	197
dd) Haftung für die Verletzung von Verkehrspflichten zur Sicherung vor Körper- und Gesundheitsschäden	199
b) Kritik an der Rechtsprechung	199
c) Arbeitsergebnis	202
II. Die Verkehrspflichten als Produkt der Rechtsfortbildung	203
1. Der historische Ursprung der Verkehrspflichten	203
2. Die Materialien zum BGB	206
III. Der Prüfungsort der Verkehrspflichten auf der Grundlage des BGB	209
1. Verankerung der Verkehrspflichten in § 823 Abs. 1 BGB	209
2. Lokalisierung der Verkehrspflichten im Prüfungsaufbau des § 823 Abs. 1 BGB	211
IV. Voraussetzung für die Anerkennung der Verkehrspflichtigkeit eines Arbeitnehmers	214
1. Kriterien für die Anerkennung einer Verkehrspflicht in Rechtsprechung und Literatur	214
2. Kriterien für die Verkehrspflichtigkeit eines Arbeitnehmers	216
a) Die Unterscheidung zwischen bestehenden und neu geschaffenen Verkehrspflichten	216
b) Die »Mit-«übernahme bestehender Verkehrspflichten	220
aa) Vertrauensbeziehung als Grundlage der Übernahme von Verkehrspflichten	220
bb) Interessenabwägung als Argument für eine Mitübernahme der Verkehrspflicht durch den Arbeitnehmer	223
cc) Konstruktion der Vertrauensbeziehung	224
dd) Mögliche Einwände gegen eine »Vertretung im Vertrauen« ..	227

(1) Herkunft der Figur der »Vertretung im Vertrauen«	227
(2) Vermengung von Vertrauensbeziehung und Sonderverbindung bei <i>M. Junker</i>	227
(3) Einwände von <i>Ballerstedt</i> gegen eine Heranziehung der Stellvertreterregeln	228
(4) Stellungnahme	229
ee) Tragfähigkeit der Vertrauensbeziehung für eine Mitübernahme von Verkehrspflichten durch den Arbeitnehmer	231
ff) Absolute Begrenzungen der Arbeitnehmersverantwortung; Auseinandersetzung mit dem Kriterium der Selbständigkeit im Unternehmen	232
(1) Allgemeines	232
(2) Beschränkungen aufgrund von Qualifikation und übertragenem Aufgabenbereich	233
gg) Anwendung der Grundsätze über den innerbetrieblichen Schadensausgleich	235
hh) Abgrenzung der Verkehrspflichtigkeit des Arbeitnehmers zum Unternehmerrisiko des Arbeitgebers; Fragen der Beweislast	238
ii) Sonderstellung der Produzentenhaftung	239
c) Keine sonstigen Fallgruppen von Verkehrspflichten	240
aa) Keine Garantenstellung aufgrund des Berufs	240
bb) Zur Ansicht von <i>Canaris</i>	245
cc) Zur Ansicht von <i>Kleindiek</i>	248
V. Zusammenfassung der Ergebnisse für den Bereich der Verkehrspflichten	249

2. Kapitel

Die Haftung des Geschäftsführers einer GmbH

Einleitung	254
A. Die Innenhaftung des Geschäftsführers einer GmbH	257
I. Person und Stellung des GmbH-Geschäftsführers	257
1. Notwendigkeit der Bestellung eines Geschäftsführers	257
2. Anstellung und Bestellung des Geschäftsführers	261
a) Einordnung des Anstellungsverhältnisses	261
b) Geschäftsführerbestellung	263
II. Innenhaftung nach der Regelung des § 43 GmbHG	264

1. Vorliegen einer Pflichtverletzung i.S. § 43 Abs. 2 GmbHG	265
a) Pflichtenquellen	265
aa) Die Kompetenzen/Pflichten der Geschäftsführer nach dispositivem Recht	265
bb) Die gesetzlichen Mindestkompetenzen/-pflichten eines Geschäftsführers	268
cc) Ungeschriebene Pflichten des Geschäftsführers, Weisungen und Kollisionsprobleme	272
dd) Unzulässige Weisungen der Gesellschafter außerhalb der gesetzlichen Bestimmungen zur Kapitalerhaltung, insbesondere das Problem materieller Unterkapitalisierung der Gesellschaft	277
(1) Problemstellung und Lösungsansätze	277
(2) Normzwecklehren und Durchgriffshaftung	281
(3) Organhaftungstheorie	282
(4) Teilnahmehaftung	284
(5) Stellungnahme	285
(6) Auswirkungen auf die Haftung des Geschäftsführers	295
b) Geschäftsverteilung und Delegation	298
aa) Grundsätze der Zuweisung und Delegation	298
bb) Grenzen der Zuweisung und Delegation	301
cc) Schriftform	303
dd) Einstandspflicht des Geschäftsführers nach §§ 278 oder 831 Abs. 1 BGB	304
c) Pflichten des Geschäftsführers bei unternehmerischer Betätigung .	305
2. Vorliegen einer Pflichtverletzung i.S. § 43 Abs. 3 GmbHG	309
a) Minderung und Gefährdung des zur Deckung des Stammkapitals notwendigen Vermögens, §§ 30 Abs. 1, 43a S. 1 GmbHG	309
aa) Sachliche Reichweite des Verbots aus § 30 GmbHG	309
bb) Adressaten des Verbots aus § 30 GmbHG	311
cc) Gewährung von Krediten und Kreditsicherheiten an Gesellschafter, § 43a GmbHG analog	312
dd) Haftung des Geschäftsführers bei Verstößen gegen §§ 30, 43a GmbHG	322
b) Unzulässiger Erwerb eigener Anteile	324
3. Der Sorgfaltsmaßstab des § 43 Abs. 1 GmbHG	326
a) Der vom Gesetz vorgegebene Maßstab	326
aa) Unterschiede zum Maßstab des § 276 Abs. 1 S. 2 BGB	326
bb) Anwendungsbereich des § 43 Abs. 1 GmbHG	327
b) Abbedingung des gesetzlichen Sorgfaltsmaßstabs	328
aa) Grundsätzliche Möglichkeit zur Abbedingung der gesetzlich geschuldeten Sorgfalt	328
bb) Grenzen der Abbedingung der gesetzlich geschuldeten Sorgfalt	330

c) Anwendung der Grundsätze der Arbeitnehmerhaftung	333
aa) Abweichungen vom Sorgfaltsmaßstab	
des § 43 Abs. 1 GmbHG	334
(1) Anforderungen an eine Absenkung des	
Sorgfaltsmaßstabs	334
(2) Fehlen einer verminderten Vertrauens Erwartung	334
(3) Fehlende Wertungsparallele	
zu den §§ 670, 690, 708 BGB	336
(4) Keine Haftungsbeschränkung aufgrund	
verfassungsrechtlicher Erwägungen	337
(5) Zwischenergebnis	338
(6) Geltung eines verminderten Sorgfaltsmaßstabs	
bei nicht spezifischen Tätigkeiten	338
bb) Berücksichtigung des Betriebsrisikos	340
(1) Trennung zwischen Organisations- und Tätigkeitsrisiko .	340
(2) Beschreibung des Organisationsrisiko	342
(3) Beschreibung des Tätigkeitsrisikos	345
(4) Verschulden und Schadenseintritt	346
(5) Zusammenfassung; Umfang der Haftungsentlastung	347
cc) Schadensvorsorgepflicht/Haftung der Gesellschaft	
gegenüber dem Geschäftsführer aus c.i.c.	347
dd) Anspruchskonkurrenz zwischen Bestellungsverhältnis und	
Anstellungsverhältnis; Besonderheiten bei Drittanstellung ...	350
4. Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen,	
Entlastung des Geschäftsführers und Generalbereinigung	354
a) Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen	354
aa) Problembeschreibung	354
bb) Stellungnahme	356
b) Entlastung des Geschäftsführers und Generalbereinigung	359
aa) Entlastung des Geschäftsführers	359
bb) Generalbereinigung	361
5. Zum Problem des Schadens und der Beweislastverteilung	362
6. Gesamtschuldnerische Haftung, Mitverschulden und Verjährung	365
a) Gesamtschuldnerische Haftung	365
b) Einwendung eines Mitverschuldens	366
aa) Problembeschreibung	366
bb) Stellungnahme	367
c) Verjährung	368
III. Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse	
zur Innenhaftung des Geschäftsführers	371
IV. Die Innenhaftung des Geschäftsführers nach § 64 Abs. 2 GmbHG ..	373
1. Die Insolvenzantragspflicht nach § 64 Abs. 1 GmbHG	374
a) Der Begriff der Zahlungsunfähigkeit	374

b) Der Begriff der Überschuldung	376
c) Die drohende Zahlungsunfähigkeit	378
d) Erkennbarkeit des Insolvenzgrundes; Dreiwochenfrist	379
aa) Allgemeines	379
bb) Feststellung der Zahlungsunfähigkeit	380
cc) Feststellung der Überschuldung	380
dd) Anforderungen an den Nachweis eines Insolvenzgrundes ...	382
ee) Ergebnis	384
2. Die Haftung des Geschäftsführers wegen der Verletzung der Insolvenzantragspflicht	385
a) Ansicht der h.M.	385
aa) Früher h.M.	385
bb) Heute h.M.	386
b) Ansicht von K.Schmidt – weitgehendes Festhalten an der alten Rechtsprechung	388
c) Ansicht von Altmeppen/Wilhelm – Weiterentwicklung der neuen Rechtsprechung	389
d) Stellungnahme	390
aa) Allgemeines	390
bb) Haftung gegenüber Altgläubigern	391
(1) Berechnung der fiktiven Quote	391
(2) Ausgleichspflicht der Geschäftsführer gegenüber der Gesellschaft	393
(3) Befriedigung der Altgläubiger in Höhe der fiktiven Quote aus der Masse	394
cc) Haftung gegenüber Neugläubigern	394
(1) Der Begriff des Neugläubigers	394
(2) Keine Begrenzung der Neugläubigerforderung auf einen Quotenschaden	395
(3) Kritik an einer Begrenzung der Neugläubigerforderungen auf das negative Interesse	396
(4) Die Behandlung der sogenannten gesetzlichen Neugläubiger	398
dd) Umfassende Innenhaftung nach § 64 Abs.2 GmbHG	402
ee) Haftung der Gesellschafter	405
ff) Möglichkeit einer Haftungsbegrenzung	406
gg) Zusammenfassung	408
 B. Die Außenhaftung des Geschäftsführers	410
I. Rechtsscheinhaftung	410
1. Verpflichtung der Gesellschaft	410
2. Verpflichtung des Geschäftsführers	411
3. Stellungnahme	412

II. Haftung aus c.i.c. (insbesondere wegen Verletzung der Insolvenzantragspflicht)	413
1. Einführung	413
2. Haftung des Geschäftsführers aus c.i.c. wegen wirtschaftlichen Eigeninteresses	415
a) Entwicklung in der Rechtsprechung	415
b) Meinungsstand in der Literatur	417
3. Haftung des Geschäftsführers aus c.i.c. wegen Inanspruchnahme besonderen Vertrauens	420
a) Entwicklung in der Rechtsprechung	420
b) Meinungsstand in der Literatur	421
4. Stellungnahme	422
a) Einwände gegen eine Haftung des Geschäftsführers wegen wirtschaftlichen Eigeninteresses	422
aa) Wirtschaftliches Eigeninteresse und § 13 Abs. 2 GmbHG	422
bb) Wirtschaftliches Eigeninteresse und Sicherheiten	423
cc) Wirtschaftliches Eigeninteresse und Gesetzessystematik	426
b) Einwände gegen eine Haftung des Geschäftsführers wegen Inanspruchnahme besonderen Vertrauens	427
III. Haftung aus § 823 Abs. 1 BGB für eigenhändige Delikte	428
IV. Haftung aus § 823 Abs. 1 BGB wegen der Verletzung von Verkehrspflichten	428
1. Einführung und Überblick über den Meinungsstand	429
2. Zur Zurechnung von Organhandeln an die juristische Person	432
a) Das Problem der Zurechnung	432
b) § 31 BGB und die Problematik bei § 831 BGB	433
c) Vertretungstheorie versus Organtheorie	435
d) Stellungnahme	438
3. Die persönliche Verantwortung der Organperson für die Verletzung von Verkehrspflichten	441
a) Notwendigkeit der Unterscheidung von Innen- und Außenpflichten	441
b) Versuche der Eingrenzung einer Verkehrspflichtigkeit des Geschäftsführers	443
c) Eigener Lösungsansatz	446
aa) Unterscheidung zwischen originären und übernommenen Verkehrspflichten	446
bb) Möglichkeit der Übernahme von Verkehrspflichten durch den Geschäftsführer	448
cc) Begrenzung der Haftungsverantwortlichkeit bei einer Übernahme von Verkehrspflichten durch den Geschäftsführer	449

(1) Erfordernis der tatsächlichen Übernahme der Verkehrspflicht	449
(2) Beschränkung der Haftungsverantwortlichkeit des Geschäftsführers auf Organisationspflichten	451
(3) Einzelheiten für eine Abgrenzung von Organisations- und Tätigkeitsrisiken zur Bestimmung der Haftungsverantwortlichkeit des Geschäftsführers bei einer Übernahme von Verkehrspflichten	452
dd) Zur Problematik der Beweislastumkehr	456
(1) Beweislastumkehr im Bereich der Kausalität	457
(2) Beweislastumkehr im Bereich der Haftung für fehlerhafte Produkte	458
V. Haftung aus § 831 Abs. 2 BGB	459
1. Überblick	459
2. Vertragliche Vereinbarung und Interessenbewertung	461
VI. Haftung aus § 823 Abs. 2 BGB i.V. mit einem Schutzgesetz	464
1. Begriff des Schutzgesetzes	464
2. Schutzgesetze im GmbHG	465
a) §§ 35a Abs. 1 S. 1, 40 Abs. 2 a.F., 41, 68 Abs. 2 GmbHG	465
b) §§ 30 Abs. 1, 43, 64 Abs. 1 GmbHG	468
3. § 266a StGB als Schutzgesetz	470
a) Überblick über die Regelung des § 266a StGB	470
b) Zahlung von Arbeitsentgelt keine Voraussetzung der Strafbarkeit ..	472
c) Voraussetzungen eines Verstoßes gegen § 266a StGB	475
aa) Zahlungsfähigkeit	475
bb) Herbeiführung der Zahlungsunfähigkeit	477
d) Tilgung bei Teilzahlungen	480
e) § 266a Abs. 1 StGB als Schutzgesetz	481
aa) Untersuchung unter dem Blickwinkel des Schutzgesetzbegriffs	481
bb) Untersuchung unter dem Blickwinkel der Schutzbedürftigkeit	482
cc) Untersuchung unter dem Blickwinkel des § 14 Abs. 1 StGB ..	483
4. § 130 OWiG als sonstiges Schutzgesetz außerhalb von GmbHG und StGB	484
a) Rechtsprechung zur Schutzgesetzeigenschaft des § 130 OWiG ...	484
b) Stellungnahmen in der Literatur	485
c) Aufsichtspflicht und Vortat	487
d) Eigene Stellungnahme	488
VII. Haftung aus § 826 BGB	491
1. Überblick	491
2. Fälle der unmittelbaren Schädigung von Gesellschaftsgläubigern	492

3. Fälle der mittelbaren Schädigung von Gesellschaftsgläubigern	492
VIII. Zusammenfassung der Ergebnisse zur Außenhaftung des Geschäftsführers sowie seiner haftungsrechtlichen Verantwortung für die Verletzung der Insolvenzantragspflicht	494

3. Kapitel

Die Haftung der leitenden Angestellten

A. <i>Die Stellung des leitenden Angestellten in arbeitsrechtlicher Hinsicht</i>	500
I. Der Begriff des leitenden Angestellten	500
II. Die Stellung der leitenden Angestellten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern	502
1. Der leitende Angestellte als Arbeitnehmer	502
2. Der leitende Angestellte als Arbeitgeber/Unternehmer	504
3. Schlußfolgerung	506
B. <i>Die rechtliche Eingliederung des leitenden Angestellten in das Unternehmen</i>	507
I. Die Stellung des Prokuristen	507
1. Allgemeines	507
2. Gesamtvertretung und Gesamtprokura	508
3. Kriterien für die Einordnung eines Prokuristen als leitenden Angestellten i.S. § 5 Abs. 3 S. 2 Nr. 2 BetrVG 1972	509
II. Die Regelungen der §§ 30, 31 BGB	510
1. Überblick über die Rechtsentwicklung	510
a) Der horizontale Anwendungsbereich des § 31 BGB	510
b) Der vertikale Anwendungsbereich des § 31 BGB	511
c) Der sachliche Anwendungsbereich des § 31 BGB	511
2. Problemstellung	512
3. Stellungnahme	513
a) Sinn und Zweck des § 31 BGB	513
b) Zum horizontalen Anwendungsbereich des § 31 BGB	514
c) Zum vertikalen Anwendungsbereich des § 31 BGB	515
d) Zu den Anforderungen an einen Entlastungsbeweis nach § 831 Abs. 1 S. 2 BGB	517
III. Die Regelung des § 3 HPflG	518

IV. Leitende Angestellte als besonders Beauftragte in Bereichen des Arbeits- und Umweltschutzes	519
1. Der Personenkreis und die Einteilung der besonders Beauftragten ...	519
a) Besonders Beauftragte im Bereich des betrieblichen Arbeitsschutzes	519
aa) Verpflichtung zum Aufbau einer geeigneten Organisationsstruktur im Bereich des Arbeitsschutzes	519
bb) Bestellung von Betriebsärzten, Fachkräften für Arbeitssicherheit und Sicherheitsbeauftragten	520
b) Besonders Beauftragte im Bereich des Umweltschutzes	522
aa) Allgemeines	522
bb) Bestellung der Immissionsschutz-, Störfall-, Abfall- und Gewässerschutzbeauftragten	523
2. Stellung der besonders Beauftragten in der Unternehmenshierarchie ..	524
a) Stellung der Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit ..	524
b) Stellung der Sicherheitsbeauftragten	526
c) Stellung der Umweltschutzbeauftragten	527
3. Haftung der besonders Beauftragten	527
a) Haftung der besonders Beauftragten i.S. des ArbSchG	527
b) Haftung der Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit ..	529
c) Haftung der Sicherheitsbeauftragten	532
d) Haftung der Beauftragten für den Umweltschutz	532
aa) Haftung für die Verletzung von Verkehrspflichten	532
bb) Haftung wegen Schutzgesetzverletzung	533
C. <i>Die Innenhaftung des leitenden Angestellten</i>	534
I. Einführung	534
II. Haftungsrechtliche Behandlung der leitenden Angestellten in Abhängigkeit von der ausgeübten Tätigkeit	535
1. Leitende Angestellte in Stabsfunktionen	535
a) Pflicht der leitenden Angestellten in Stabsfunktionen zur fachkompetenten Beratung	535
b) Haftungsrechtliche Behandlung leitender Angestellter in Stabsfunktionen; Haftung für spezifische Fachleistungen	536
2. Leitende Angestellte in Linienfunktionen	537
a) Pflichten des leitenden Angestellten in Linienfunktionen, insbesondere seine organisatorische und unternehmerische Betätigung	537
b) Haftungsrechtliche Behandlung der leitenden Angestellten in Linienfunktionen	538
3. Haftung des leitenden Angestellten bei nicht spezifischer Arbeitsleistung	542

4. Stellungnahme zur Haftung leitender Angestellter	543
a) Konkretisierung der Pflichten des leitenden Angestellten	543
aa) Abgrenzung zur faktischen Geschäftsführung	543
(1) Allgemeines	543
(2) Kriterien für eine faktische Geschäftsführung durch einen leitenden Angestellten	543
(3) Handlungspflichten des faktischen Geschäftsführers	545
bb) Handlungspflichten, -verbote sowie Kontrollpflichten gegenüber anderen Gesellschaftsorganen	546
(1) Zur Problematik von Handlungsverboten und Kontrollpflichten	546
(2) Abhängigkeit der Pflichten des leitenden Angestellten von der Ausgestaltung des Innenverhältnisses gegenüber den Gesellschaftsorganen	549
b) Anwendbarkeit der Regeln über den innerbetrieblichen Schadensausgleich	552
aa) Verminderter Sorgfaltsmaßstab	552
(1) Verminderte Vertrauenswerbung	552
(2) Wertungsparallele zu den §§ 670, 690, 708 BGB	554
(3) Verfassungsrechtliche Erwägungen	556
bb) Berücksichtigung des Betriebsrisikos	557
(1) Abgrenzung des vom Arbeitgeber zu tragenden Tätigkeitsrisikos	557
(2) Differenzierte Betrachtung bei der Verteilung des Organisationsrisikos	557
cc) Schadensvorsorgepflicht	559
dd) Abdingbarkeit der Grundsätze über die Arbeitnehmerhaftung für leitende Angestellte	560
III. Besonderheiten bei der Mankohaftung	562
1. Einführung	562
2. Haftung ohne Mankoabrede	562
a) Allgemeines	562
b) Erhöhte Mankohaftung bei selbständigen Arbeitnehmern	563
aa) Ansicht der Rechtsprechung	563
bb) Ansicht der Literatur	565
cc) Stellungnahme	565
(1) Auswirkung einer modifizierten Verteilung der Beweislast	565
(2) Ablehnung einer modifizierten Verteilung der Beweislast	567
(3) Zwingende Geltung der Grundsätze der Arbeitnehmerhaftung	569

3. Haftung bei Mankoabrede	569
a) Meinungsstand	569
b) Stellungnahme	570
<i>D. Die Außenhaftung des leitenden Angestellten</i>	573
I. Haftung nach Rechtsscheingrundsätzen	573
1. Überblick über den Meinungsstand	573
2. Stellungnahme	573
II. Haftung aus c.i.c.	574
III. Deliktische Außenhaftung nach § 823 Abs. 1 BGB	576
1. Allgemeines	576
2. Unterscheidung zwischen der Verantwortlichkeit für selbstgeschaffene Gefahrenquellen und für mitübernommene Verkehrspflichten	576
3. Beschränkungen der Verantwortlichkeit für die Beachtung mitübernommener Verkehrspflichten	577
IV. Haftung aus § 831 Abs. 2 BGB	579
1. Einführung	579
2. Möglicher Einfluß des § 831 Abs. 2 BGB auf die haftungsrechtliche Situation des Geschäftsherrn	579
3. Einfluß des § 831 Abs. 2 BGB auf die Risikoverteilung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	581
4. Ausnahmen bei unternehmerisch tätigen leitenden Angestellten	582
a) Besonderheiten bei Chefarzten	582
b) Besonderheiten bei sonstigen Aufsichtspersonen	583
V. Haftung aus § 823 Abs. 2 BGB i.V. mit einem Schutzgesetz und § 826 BGB	585
VI. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse zur Haftung leitender Angestellter	585
<i>Ergebnisse</i>	590
I. Arbeitnehmerhaftung	590
II. Geschäftsführerhaftung	598
III. Haftung leitender Angestellter	604
Literaturverzeichnis	609
Sachregister	639